	Anfragen-Nr.	
	AF-0106/2026	

Anfrage

Frau Gisela Rexrodt
fraktionsloses Stadtratsmitglied

Betreff
Anfrage des Stadtratsmitgliedes Frau Rexrodt - Bahnhofstraße

I. Sachverhalt

Zum B-Plan Nr. 6 „Bahnhofsvorstadt“ wurden während seiner zahlreichen öffentlichen Auslegungen Einwendungen auch seitens der Bürger insbesondere zur Verkehrsentwicklung abgegeben, die alle weggewägt wurden.
Meine ständig wiederholten Hinweise zur Lärmentwicklung wurden ebenfalls nicht zur Kenntnis genommen, obgleich ich wiederholt auf den Punkt 7.9. „Immissionsschutz“ (S. 37/38) in der „Begründung mit Umweltbericht“ hinwies.
„Über ein Planfeststellungsverfahren mit dem Planfeststellungsbeschluss … hat die Stadt Eisenach unabhängig vom Bebauungsplanverfahren für die zu ändernden Verkehrswege im Untersuchungsbereich das Baurecht erlangt. Die Prüfung der wesentlichen Änderungen hat an 24 Gebäuden einen „dem Grunde nach“ bestehenden Rechtsanspruch auf passiven Lärmschutz ermittelt.
Die daraus folgende notwendige Abwicklung des passiven Lärmschutzes an den Gebäuden wird in einem gesonderten nachgeordneten Verfahren nach der 24. BImSch so wie gemäß der VLärmSchR97 geregelt.“
Trotz dieser Inhalte aus der Begründung mit Umweltbericht und der vorgetragenen Bedenken erteilte die Oberbürgermeisterin, Frau Wolf, am 22.12.2017 auf der Grundlage des § 33 (1) Satz 2 „…anzunehmen ist, dass das Vorhaben den künftigen Festsetzungen nicht entgegensteht“, zwei Baugenehmigungen (Hotel mit Veranstaltungshalle / Fachmarktzentrum). Das bedeutet, dass die Stadt Eisenach für die Schaffung des passiven Lärmschutzes finanziell aufkommen muss (Schadensverursacher).
In gleicher Weise wurden Hinweise zum Zustand in der Bahnhofstraße negiert.

Auf meine Anfrage vom Februar 2024 antwortet die Oberbürgermeisterin:
„… Dennoch ist festzuhalten, dass die Bahnhofstraße durch die Verwirklichung des FMZ und den umgestalteten Straßenraum sowie den benachbarten ZOB wieder ein attraktives Straßenbild erhalten hat, was sich durch eine deutlich verstärkten Fußgängerfrequentierung beweist und zu einer nachdrücklich verbesserten Aufenthaltsqualität im Sinne einer einladenden fußläufigen Verbindung zur Innenstadt beigetragen hat.“

(Herr Kollege West ergänzte, dass die Bahnhofstraße zu einer Flaniermeile in die Innenstadt wird.) Im Newsletter der Stadt (Juli) wird darüber informiert, dass sich eine „Interessengemeinschaft Bahnhofstraße zur Stärkung des Wohn– Arbeits – und Einkaufsangebotes“ gründete.
Am 11.09. 26 informiert der MDR darüber, dass zahlreiche Anwohner der B19 im Bereich des FMZ Anspruch auf passiven Lärmschutz haben.

II. Fragestellung

1. Welche Forderungen stellte die IG „Bahnhofstraße“ warum an den Oberbürgermeister in seiner ersten Sitzung, an der der Oberbürgermeister teilnahm und in welcher Form will/kann der Oberbürgermeister diesen Wünschen nachkommen?

2. Der Sachverhalt des Rechtsanspruchs auf passiven Lärmschutz ist der Verwaltung seit Jahren bekannt. Über diesen Rechtsanspruch wurden die Anwohner/die Berechtigten erst am 11.09.2026 informiert mit dem Hinweis, „die Prüfung baldmöglichst zu beantragen, da das Fachbüro nur begrenzte Zeit zur Verfügung stehe“.
   Frage:
   Was bedeutet „baldmöglichst“ bzw. haben Anwohner ihren Rechtsanspruch auf passiven Lärmschutz verwirkt, wenn sie nicht „baldmöglichst“ eine Prüfung beantragen?

3. Da im seit 24.03.2026 rechtskräftigen B-Plan von ca. 24 Gebäuden ausgegangen wird, die einen Anspruch auf passiven Lärmschutz haben, erweitert sich der Bestand auf die Waldhausstraße und Wartburgallee
   Frage:
   Um wie viele Gebäude handelt sich ungefähr, die einen Anspruch auf passiven Lärmschutz haben und welches nachgeordnete Verfahren (S. 38 Begründung mit Umweltbericht) wird wann begonnen?

4. Muss die Stadt für die finanziellen Aufwendungen der durchgeführten Prüfungen aufkommen (Schadenverursacher) und um welche Höhe wird es sich ungefähr handeln?

5. Wird der Oberbürgermeister den Stadtrat und natürlich die Öffentlichkeit über die weitere Entwicklung in besagter Angelegenheit auf dem Laufenden halten?

Frau Gisela Rexrodt
fraktionsloses Stadtratsmitglied